

Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mfr., durch die Post 18.00 Mfr.,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Für
ämterliche Zeitungsverträge unter
Einschaltung der Reichspostämter
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Redaktionsnr. mit der
Zusammenhang. Sozialistische Zei-
tung. Herausg. der Sozialistische
1140, der Anzeiger-Abt. Nr. 1413
s. 74711, der Zeitschrift. Nr. 11333

Abzugspreise:
Die 6 gepaltene 34 mm breite Mill
metertafel oder deren Raum 60 Pf.,
Familienausgaben 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in familiäre
Anzeigenblätter, Erfüllungsort: Hal-
le o. L. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Christliche und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 18. Dr. Bruns, Anzeiger-Abt. 17,
nos 18. Die Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24,
Postfach-Ronto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 292.

Halle, Freitag, den 25. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die neue Regierung vor Spa.

Die schwierige Arbeit, eine neue Regierung zu bilden, stand von Anfang an unter dem schweren Druck der bevorstehenden Konferenz mit der Entente in Leida. Heute dieser Druck nicht gemindert, so wäre vielleicht selbst über das ist auch das die Regierung aufbauen gekommen. Aber das ist auch das einzige Gute, das dieser Druck gebracht hat. Denn von jetzt ab wird es als schwerste Belastungsprobe für diese neue Regierung wirken, und gerade weil man das vorausahnt, war es so schwer, die Parteien dafür zu gewinnen, die da bevorstehenden neuen Verantwortung auf sich zu nehmen. Jede Partei fürchtet negativ, daß man ihr dasjenige, was in Spa ohne Zweifel dem armen westlichen Deutschland wieder aufgebauert wird, beim kommenden Wahlskampfe antreibt. Positiv könnte die eine oder andere Partei versuchen, aus dem Ergebnis von Spa für sich Kapital zur Förderung des Wahlkampfes zu schlagen. Es ununterbindlich das wäre, so wenig ist es doch leider anders gekommen. Man braucht sich nur zu erinnern, welche Mühe die unglücklichsten Friedensbedingungen im letzten Reichstagswahlkampf bei uns zu bestehen mußten. Man hat ja auch da viel mehr den Sünderhaß unter den gegnerischen Parteien im eigenen Lande genützt, als jenseits der Grenze, wo er von Gott und Nechtswegen zu finden wäre. Daß das Ergebnis von Spa jedenfalls so sein wird, daß es uns keine Freude bereitet, daß man mit ihm leichter Entrüftung und Mitbittung als Anerkennung erweisen kann, das kann auch ein politisches Kind voraussehen. Und das Vertrauen zu den gegnerischen Parteien, daß sie aus vaterländischen und sachlichen Gründen ein so billiges Agitationsmaterial ungenutzt lassen, besteht leider nicht. Von politischer Sachlichkeit ist unter wilder Begeisterung, immer noch in Kriegs- und Revolutionsphantasie belagertes Volk weit entfernt. Und leider haben sich auch keine berufenen Führer, die Führer der Parteien, nicht auf der Höhe staatsmännlicher Weisheit gezeigt, die uns zu einer überlegenen Herrschaft über das schwerere Schicksal hätte bringen können. Billig Herren unseres Schicksals können wir ja schließlich, wehrlos wie wir sind, unter der Furcht der Entente nicht werden. Aber vieles ließe sich doch erreichen, wenn wir eine übermäßigste Volkserhebung auf der mittleren Ebene der Vermittlungspolitik sammeln könnten. Nun stelle man sich aber vor, daß nach der Konferenz von Spa die Deutschen sich einen Schadenreue daraus machen werden, auch die neue Koalitionsregierung wieder nach Kräften verlässlich zu machen. Man stelle sich vor, daß die Deutsche Volkspartei bei einem etwaigen Mißerfolge deutscher Bemühungen die Schuld auf die übrigen Regierungsmitglieder abwälzen werde. Man stelle sich vor, daß an solchen Konferenzen die neue Regierung gebraucht wird, das unter Volk unendlich zerrissen würde, was das für einen leidenschaftlichen Wahlkampf geben würde, das ist leicht auszuenden. Wir müssen damit rechnen, daß ernsthaft Volkstäter nach Spa gehen, die nach besten Kräften solchen verhängnisvollen Möglichkeiten vorbeugen wollen. Wer aber garantiert uns für die Positiv zweiten Grades in der Heimat, wer weiß, ob nicht unter diesen solche sind, die schon von vornherein damit rechnen, daß auch Spa wieder zur Verstärkung der Extreme beitragen müsse, und man spezifiziert darauf, sowohl von rechts wie von links. Man hat hier und man hat dort eben nur das eine Ziel im Auge, die Fahrt nach jeder Seite hin zu steuern. Man hält hier nichts von Ausgleichs- und Verbindungsversuchen. Man hält hier nichts von Koalitionen. Man sieht den Kampf, unter Umständen auch den blutigen Kampf, als unausweichliche Notwendigkeit an, als einzige Möglichkeit einer entscheidenden Auseinandersetzung. Und in solchem Zusammenhang betrachtet wird dann auch das Ergebnis von Spa nicht vorurteillos hingenommen werden, sondern in die Reihe der Agitationsmittel eingerechnet. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die gerade Spa dem jungen deutschen Parlamentarismus auferlegt. Das deutsche Volk hätte für diesen Zweck die neue Regierung, die es sich wählte, gar nicht stark genug machen können. Es hat statt dessen eine Parteienkonfession zusammengebracht, die nicht nur auf schmaler Basis steht, sondern auch in sich selbst manchen Riß aufweist. Vielleicht lernen wir aus dem Ernst der Stunde, vielleicht ziehen wir die Folgerung daraus, in Zukunft bei der Wahl von vornherein an die Möglichkeit der Regierungsbildung zu denken. So könnten wir die Regierung, die nach Spa geht, nachträglich noch eine gewisse Mühsanddeckung in der Heimat schaffen. Dene die Mühsanddeckung kann sie sehr wenig erreichen, und die Entente wird nur zu sehr wenig sein, die ihr zuteil gewordene günstige Auseinandersetzung. Und in solchem Zusammenhang betrachtet wird dann auch das Ergebnis von Spa nicht vorurteillos hingenommen werden, sondern in die Reihe der Agitationsmittel eingerechnet. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die gerade Spa dem jungen deutschen Parlamentarismus auferlegt. Das deutsche Volk hätte für diesen Zweck die neue Regierung, die es sich wählte, gar nicht stark genug machen können. Es hat statt dessen eine Parteienkonfession zusammengebracht, die nicht nur auf schmaler Basis steht, sondern auch in sich selbst manchen Riß aufweist. Vielleicht lernen wir aus dem Ernst der Stunde, vielleicht ziehen wir die Folgerung daraus, in Zukunft bei der Wahl von vornherein an die Möglichkeit der Regierungsbildung zu denken. So könnten wir die Regierung, die nach Spa geht, nachträglich noch eine gewisse Mühsanddeckung in der Heimat schaffen. Dene die Mühsanddeckung kann sie sehr wenig erreichen, und die Entente wird nur zu sehr wenig sein, die ihr zuteil gewordene günstige Auseinandersetzung.

Die Frage der Regierungsbildung noch im Fluss.

Nach den zur Stunde vorliegenden Nachrichten haben die Verhandlungen fortwährend noch immer zu keinem positiven Ergebnis geführt, wenn auch die Aussichten auf das Zustandekommen einer tragfähigen Regierung nach wie vor günstig beurteilt werden.

Die der „Vorwärts“ in seinem heutigen Vorkatzen ausführt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geteilt beschlossen, zu den Verhörungen des in Bildung begriffenen Reichstages feierliche Stellung zu nehmen, die als volle Teilhaberschaft an der Regierungsbildung angesehen werden könnte. Die sozialdemokratische Fraktion müsse darauf verzichten, mitbestimmenden Einfluss auf die Zusammenlegung dieser Regierung zu nehmen, an der sie selbst nicht zu beteiligen gedenke. Das hindere nicht, daß von Seiten der Sozialdemokratie über schwache Personenfragen, die in hohem Grade Sachfragen seien, persönliche und redaktionelle Meinungen ausgeprochen würden. Herr v. Raumer war vom Herbst 1918 bis Januar 1918 Kriegsdirektor im Reichsfinanzamt. Er bearbeitete hier im besonderen die Fragen der Elektrizitätswirtschaft und trat stets als Gegner des staatlichen Eingreifens auf. Dieser Stellungnahme blieb er auch bei der Vorbereitung und Beratung des Elektrizitätsgesetzes treu, dessen Zweck bekanntlich die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft war. Jetzt soll nun Herr v. Raumer Reichsfinanzminister und damit der führende Mann in der öffentlichen Elektrizitätsbewirtschaftung werden. Im Reichsfinanzministerium stehen aber auch noch andere Interessen auf dem Spiel. Hier sind gemäß dem Beschlusse der Nationalversammlung die Reichsrechte zu verwalten. Da die Verwaltung dieser ehemaligen Herrschaftsverhältnisse als ein maßgebender Versuch der Sozialisierung betrachtet werde, so fürchtet der „Vorwärts“, daß wenn Herr v. Raumer hier zum obersten Leiter ernannt werden würde, dieser schwierige und äußerst wichtige Versuch zum Scheitern käme. Der Eisenbahnen-Überbaurat Dr. Scholz, der als Reichswirtschaftsminister ansetzen ist, habe so meint das sozialdemokratische Blatt, als Überbaurat gegenüber Herrn v. Raumer wenigstens das eine voraus, daß er in der Vertretung öffentlicher Interessen mehr Übung besitze. Im übrigen müsse er jedoch als enger Genossenschaftsgenosse des Herrn v. Raumer angesehen werden. Die sozialdemokratische Fraktion müsse, sobald die Ministerliste und das Programm der neuen Regierung vorliegen, in eine Prüfung ihrer vorläufigen Stellungnahme eintreten. Der „Vorwärts“ sieht voraus, daß heftige Meinungskämpfe zwischen den sozialdemokratischen und den deutschvölkischen Parteien stattfinden werden, nicht ausbleiben werden. Sollte die sozialdemokratische Fraktion auch beschließen, zunächst Gewalt bei Fuß stehen zu lassen, so werde das Gewehr auf keinen Fall ungeladen sein dürfen.

Auf Grund dieser Auslassungen des sozialdemokratischen Blattes gemint auch die Kombination an Wahrscheinlichkeit, daß die Frage eines Vertrauensvotums für die Regierung überhaupt nicht gestellt werden dürfte. Die Regierungsparteien erwarten angeblich von den Sozialdemokraten eine Erklärung, wonach sie bei Regierung im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten machen werden.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, Dr. Scholz sei zweifellos ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, daß er jedoch als Sachmann für das Reichswirtschaftsministerium gelten könne, werde schwer zu beweisen sein. Auch hinsichtlich der Kandidatur des Herrn v. Raumer als Reichsfinanzminister stellt das Blatt ebenfalls in wenig unpaßfähiger Weise. Auch die „Reichszeit“ meint, daß die „Wunde der Herrin Raumer und Scholz an Ende und die alten Koalitionsparteien hätten austreiben können“.

Vorbekanntlich einiger Änderungen über die Zusammenlegung des Kabinetts lasse sich, der „Germania“ zufolge, sagen, daß ihm vom Zentrum angehören werden der Reichskanzler Schreiner, Reichswirtschaftsminister Gieseler, Reichsfinanzminister Doktor Wirth und Reichsernährungsminister Dr. Herms. Außerdem bestehe das Zentrum das Arbeitsministerium, für welches eine namhafte Persönlichkeit in Aussicht genommen ist.

Nach der „Rostocker Zeitung“ wird möglicherweise auch das Weidener Zentrum in nächster Zeit entgegen den bisherigen Wünschen der Entente nach Berlin für die Bildung der deutschvölkischen Fraktion, der rheinische Abgeordnete Ruffner Kempfer, in Frage kommen. Am übrigen ist noch alles im Fluss und bisher in keiner Weise entschieden.

Streik und Unruhen.

Düsseldorf, 24. Juni. Die Lage in Düsseldorf ist sich infolge fortdauernder Streiks zu. Auf dem Hindenburgwall sind Kundgebungen der Unabhängigen und Kommunisten veranstaltet worden, wobei Ansprachen gehalten worden sind, in denen die Fortsetzung des Streiks proklamiert worden ist. Die Verammlung der Betriebsräte und Funktionäre hat den Beschluß der Arbeiterunion gebilligt, die die Weiterführung des Ausstandes erklärt hat. Zur Beilegung der schweren Mißstände, unter denen die Bevölkerung leidet, ist ein Bürgerrat gebildet worden, dessen erste Pflicht es ist, unter allen Umständen eine Gemäßigtheit oder die Diktatur einer kleinen Minderheit zu verhindern.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht einen Bericht über eine Sitzung der Kommission der U. S. F., die am 20. Juni in München stattfand. Der Bericht bescheinigt, dass die Aufgabe dieser Kommission, die Vorbereitung für die Generalstreik zu treffen, von dem man nicht wisse, wann er komme, aber bestimmt wisse, daß er unter allen Umständen kommen werde.

M. S. R., A. P. D. und U. S. F. hätten, um möglichst einer Beihilfung vorzubeugen, getrennte Generalstreikleistungen.

Der Genoss Vöning führte u. a. aus: Die U. S. F. müsse als härteste Organisation die Leitung in die Hand nehmen. Ganz Deutschland lie in Kreise geteilt, denn in ganz Deutschland werde die gleiche Organisation geschaffen. Bayern zerfalle in zwei Teile, Südb- und Nordbayern, mit den Sihen in München und Altdenberg. Die Streikleistungen der einzelnen Parteien arbeiten scheinbar getrennt. Die erste und Hauptaufgabe der einzelnen Ortsgruppen sei die restlose Stilllegung der Betriebe. Unterchiede zwischen sogenannten lebenswichtigen Betrieben und anderen würden nicht gebildet. Von Anfang an seien notwendige, schwer zu beschaffende Teile zu entnehmen. Die Eisenbahn er garantierte dafür, daß von dem Augenblick der Proklamation des Generalstreiks an keine Maschine mehr den Schuppen verläßt. Das Fahrpersonal könnte höchstens noch ein paar Tage Dienst tun. Die Angestellten der Elektrizitätswerke verpflichteten sich, dafür Sorge zu tragen, daß auch keine technische Notfälle mehr etwas ausrichten kann. Diese lie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. In dem Augenblick der Proklamation des Streiks müsse auch die Entwarnung der U. S. F. kommen. Die U. S. F. müsse sich nicht scheuen, die U. S. F. zu unterstützen. Die Generalstreikleistung liehe mit der U. S. F. nur durch Kurieren in Verbindung. Man müsse sich darüber klar sein, daß es sich um einen Entscheidungskampf handle. Wenn diesmal das Proletariat unterliege, dann lie es erledigt.

In der Diskussion wurde einem Genossen, der auf die Gefahren für die Mütter, Säuglinge und für die Krankenhäuser hinwies, von dem Vorsitzenden erwidert, einige Tausend Menschenleben spielen bei dem Endkampf des Proletariats keine Rolle. Am Schluß erklärte der Genosse Vöning, er betrachte die Einwohnerevakuierung nur als Zwischenmaßnahme. Dies lie die Aufgabe der U. S. F., die sie sofort leicht überbrumpfen werden könnten. Mehr fürstete lie die Reichswehr. Ein Glück lie es, daß ihre Verminderung auf 100 000 Mann tödlicher sei.

Stettin, 24. Juni. Der Landarbeiterstreik im Regierungsbezirk Ostpr. umfaßt, dem „General-Anzeiger“ zufolge, lie jetzt ungefähr 150 bis 200 Güter, davon allein im Kreis Stolp 10 Güter. Seit gestern ist der Streik auch auf den Kreis Nummersburg übergegangen.

Warnemünde über Bildung einer roten Armee in Sachsen. Wie uns eine eigene Drahtnachricht aus Rön meldet, schreibt die „Kölnische Zeitung“ aus Dresden: Augenblicklich wird gegenwärtig auch in Sachsen eine rote Armee gebildet. Man wagt es kaum noch zu behaupten, daß im Chemnitzer und Leipziger Bezirk unabhängige und kommunische Arbeiterkompanien Übungen abhalten und selbst Schießübungen veranstalten, denn denen dann in militärischer Form Kritik abgefallen wird. Seit kurzer Zeit finden derartige Übungen auch in Dresden statt, und zwar in aller Heimlichkeit. Auch in kleinen sächsischen Industrieorten sollen ähnliche Übungen veranstaltet werden. Die Zivil- und Militärbehörden müssen von diesen Vorgängen Kenntnis haben, von einem Eingreifen gegen sie hat man aber bisher noch nichts gehört.

Die noch höhere Meldung ist mit der größten Vorsicht aufzunehmen angesichts der Tatsache, daß bekanntlich eine ähnliche Nachricht, die von einem Hamburger Verleihen über die Übungen einer roten Armee in der Nähe von Halle verbreitet wurden, sich als reiner Schwindel herausgestellt hatte. Es wäre geradezu verwerflich, wenn Katastrophenopfer abermals durch sensationelle „Enttarnungen“ ohne reale Grundlage das Volk unruhigen. Die Dresdener Schriftleitung der „Reichs-Kuriers Nachrichten“ teilt zu den Alarmmeldungen bereits folgendes mit:

Seit einiger Zeit ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß auf dem Heller bei Dresden militärische Übungen von Jugendlichen veranstaltet werden abgehalten werden. Minister des Innern Kühn kam auf diese Tatsache in der Sitzung der Volkstammer am Donnerstag zu rück und erklärte, daß die Ausführungen des Oberbürgermeisters Bühler sich wahrscheinlich mehr auf die „schwarzen Garden“ als auf Arbeiterkompanien bezögen. Der Minister stellte diese Übungen als recht harmlos dar und betonte, daß die „Waffenspieler“ auf der rechten Seite viel härter hervortreten als auf der anderen. Es seien Unternehmungen angestellt worden, die zur Waffenabnahme bei nationaler Vereinen geführt hätten. Es werde mit aller Energie gegen diese Verbindungen und Vereine, die noch Waffen führten, vorgegangen werden, ganz gleich, auf welcher politischen Seite sie ständen.

Auch diese Berichtigung mahnt, den Alarmnachrichten gegenüber Tri nicht mißtaulich gegenüber zu stehen und vor allem die Augen offen zu halten gegenüber den Gefahren, die wirklich von beiden Extremen links wie rechts drohen.

Das Ergebnis der Konferenz von Boulogne.

Paris, 23. Juni. (Gavas.) Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note betreffend Aufrechterhaltung einer Armee von 200 000 Mann ist am Mittwoch morgen dem deutschen Gesandten in Paris übergeben worden. Ferner sind laut „Journal des Débats“ der deutschen Friedensdelegation zwei weitere Noten bet. die allgemeine Entwarnung und die Abklärung des Luftklimaterrals überreicht worden. Die Botenkonferenz besteht, daß die Deutschen die Arbeitskräfte für die Herstellung des Luftklimaterrals liefern.

